

Beilage VBotschafterkonferenz 1983

Referat von Bundesrat Kurt Furgler, Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, am 24. August 1983 (Abschrift)

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,
hochgeachtete Botschafter,

Ich freue mich ausserordentlich, heute in Ihrem Kreis über Probleme sprechen zu dürfen, die Sie und uns in der Regierung brennend interessieren. Es ist so, wie der Präsident soeben sagte: Aussenpolitik und Aussenhandelspolitik stehen in einer sehr engen Beziehung. Es ist undenkbar, dass die Vertrauensmänner und -frauen unserer Regierung, Sie, in Vertretung der schweizerischen Interessen nur das eine sehen und das andere lassen. Wenn unser Land mit seinen 6,4 Mio Einwohnern, mit seiner Einmaligkeit trotz der Kleinheit, mit seinem föderalistischen Staatsgedanken, mit seinem Reichtum an Kultur, Zivilisation, Sprachen und Religionen eine abendländische Mission auch in Zukunft erfüllen soll, dann braucht es Menschen, die von dieser Mission miterfüllt sind und sie nach aussen sichtbar machen.

Lassen Sie mich zwei geschichtliche Erinnerungen zum heutigen Tag an den Anfang meiner Ausführungen stellen: Am 24.8.1572 war die berühmte Bartholomäusnacht und am gleichen Datum etwas später, 1767, die Geburtsstunde von Escher von der Linth. Mir scheint, dass man Politik nur geschichtsbezogen machen kann. Wer nicht den Fundus unserer 700-jährigen Geschichte in sich birgt, kann die Gegenwart nicht gestalten, geschweige denn den Weg in die Zukunft so abstecken, dass er offen wird für die Generationen nach uns. Jeder von uns kann aus allem, was bereits passiert ist, immer wieder neue Impulse schöpfen, die ihn bestärken, ja sogar beflügeln, noch so schwierige Aufgaben, wo immer er tätig ist, mit der Ueberzeugung zu erfüllen, dieser unserer res publica zu dienen.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, wo ein eigentlicher Sozietätszerfall Platz greift, eine Erosion der abendländischen Gesellschaft. Vielleicht ist dies sogar bei uns da und dort spürbar; Wertmassstäbe, die bezogen sind auf die Einmaligkeit eines jeden Menschen, auf die Familie, auf die betriebliche Gemeinschaft, in unserer Staatsstruktur auf Gemeinden, Kantone und den Bund als Ganzes scheinen mir bedeutsamer denn je. Ich wünsche, dass Sie auch diese innere Kraft verspüren, und sich von uns mitgetragen fühlen, wenn Sie manchmal ganz alleine Ihre wichtigen politischen Aufgaben zu erfüllen haben.

Und nun zur Sache:

Ich habe ja das grosse Vergnügen, in einem Team zu leben, das Sie bestens kennen. Gestern haben Herr Staatssekretär Jolles und einzelne meiner hervorragenden Botschafter mit Ihnen als Partner Fragen diskutiert, die uns tagaus, tagein beschäftigen. Bitte "scharren" Sie, wenn ich etwas wiederholen sollte, weil ich nicht die Ehre und das Vergnügen hatte, den geistreichen Ausführungen von Herrn Jolles gestern folgen zu können.

Der Aussenhandel, ich wiederhole es, muss einen sehr klaren Bezug zur Wirtschaftssituation unseres Landes haben. Wir können ja nicht in fremden Gebieten so fechten, als ob plus oder minus in unserer Wirtschaftslage keine Auswirkungen hätten. Demzufolge sind gewisse "facts" der schweizerischen Volkswirtschaft für den Aussenhandel von zentraler Bedeutung. Ein anderes Element, das mitgewertet werden muss, ergibt sich aus unserer Exportabhängigkeit, aus den weltweiten Bindungen dieses Kleinstaates. Das, was in andern Volkswirtschaften geschieht, in armen und reichen Ländern, interessiert uns ebenso. Die Interdependenz, ein Wort, das Ihnen und uns mehr denn je begegnet, war wohl noch nie so ausgeprägt wie heute. Ich füge in Klammern hinzu: leider werden die Konsequenzen daraus nur spärlich gezogen, leider sind die Lippenbekenntnisse in noch so wichtigen Gipfelerklärungen nur sehr bedingt in Korrelation zu stellen zu den Fakten.

Sie spüren, wenn ich mit diesen Wirtschaftsanalysen ganz kurz beginnen darf, dass die sogenannten Silberstreifen am Horizont, also ein leises Verbessern der konjunkturellen Situation, sich eindeutig abzeichnen. Demgegenüber stehen strukturelle Bedürfnisse, die uns noch während Jahren im Inland und im Ausland Grossaufgaben bescheren - Probleme, die noch keineswegs gelöst sind. Das, was ich mit "Silberstreifen" antönte, was Sie am Beispiel Amerikas in jeder Zeitung immer wieder nachlesen können und sich in Deutschland fortsetzt, wäre ein erstes Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung, die es aber durch Taten kluger Regierungen und einer klugen Unternehmerschicht in ein dauerhaftes, nicht-inflationäres Wachstum überzuführen gilt. Und wenn ich Unternehmen anspreche, meine ich damit immer Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Beide müssen massvoll sein, mutig; nur zusammen geht es. Ich bin mir bewusst, dass diese Silberstreifen von uns nicht als Illusion missdeutet werden dürfen. Wir brauchen noch viel mehr, um aus den jetzigen Schwierigkeiten herauszukommen. Und selbst wenn sich dieses Hinüberführen in ein möglichst inflationsfreies, bescheidenes Wachstum verwirklichen liesse, dann haben wir noch auf geraume Zeit in fast allen Industriestaaten unter der Geisel der Arbeitslosigkeit zu leiden.

Meine Damen und Herren, auf Zuwachsraten, wie wir sie in der Vergangenheit kannten, dürfen wir nicht mehr hoffen. Wir sind uns auch in der Regierung sehr wohl bewusst, dass dieses Wachstum nicht von Staates wegen gemacht werden kann. Das gilt für unser freies, soziales, marktwirtschaftliches System; es gilt aber sogar für jene Staaten, die da glauben, mit der Planwirtschaft allein hätten sie "the key to the kingdom" in ihren Händen. Es gilt aus unserer Sicht, durch geschickte, klug gewählte Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Tätigkeit der privaten Akteure zu verbessern. Wenn ich Rahmenbedingungen sage, so meine ich damit auch den politischen Bonus, der beispielsweise in unserem Land noch besteht. Ein freier, sozialer, stabiler Staat, dessen sozialer Friede - gemeint ist das dauernde Suchen nach Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern - bedeutet ein unerhörtes Plus. Rahmenbedingungen, das hat mit der Fiskalpolitik, die massvoll sein muss, zu tun, mit der Finanzpolitik und anderem mehr.

Wie die Wirtschaft, wie alles, das psychologisch mitbestimmt ist, sich von Bonus oder Malus mitbeeinflussen lässt, erleben Sie täglich. Ich meine damit, dass zum Beispiel unser Nachbarstaat Deutschland im Zusammenhang mit seinen Wechselkursfragen unter anderem mit davon betroffen wurde - neben den rein monetären, messbaren Grössen -, dass das Herbeireden der für den Herbst vorgesehenen grossen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Nachrüstungsbeschlüssen sich auch auf das anlagesuchende Publikum auswirkt. Aber das sind nur Streiflichter. Ich will damit deutlich machen, dass wir ein fundamentales Interesse daran haben, in diesem Staat für unsere Aussenpolitik und Aussenhandelspolitik die Stabilität zu wahren mit Bezug auf unsere demokratische Ordnung und mit Bezug auf eine massvolle gute Verwaltung und all das, was ich kurz beleuchtet habe.

Wirtschaftsentwicklung: vorerst noch uneinheitlich. Herr Jolles hat Ihnen gestern die über Erwartungen grossen Steigerungszahlen des 2. Quartals aus den Vereinigten Staaten mit rund 9 % angegeben. Wir stellen auch leichte Aufwärtstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien fest. Ich hatte vor wenigen Tagen ein längeres Gespräch mit der Ministerpräsidentin des Vereinigten Königreiches und dabei Gelegenheit, die Fakten und die aktuelle Situation jenes Landes sorgfältig zu analysieren. Die Hoffnung besteht, dass Grossbritannien den vorhandenen technischen Know-how mit seinem ausserordentlich hohen Standard in wirtschaftliche Fakten umsetzen kann, die sich im Produktionsprozess und im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit äussern. - In Japan, um einen weiteren hochbedeutenden Industriepartner zu nennen, ist die Konjunktur nach einer Besserung im 2. Halbjahr 82, eher ins Stocken geraten. Mehr werde ich vermutlich in den nächsten 14 Tagen persönlich hören und ausdiskutieren können.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dieser Wirtschaftsbeachtung steht für uns in der Regierung die Frage nach der Investitionstätigkeit privater Unternehmungen immer wieder ganz im Zentrum. Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verstetigung eines beschäftigungswirksamen Wirtschaftsaufschwungs. Sie können mit mir die Frage stellen, weshalb der eine oder andere im jetzigen Zeitpunkt noch zögert, mehr zu tun. Da wären die Kapazitätsüberhänge zu melden,

da ist auch das Vertrauen in die künftige Entwicklung zu erwähnen, das Ungewohnte des technologischen Anpassungsprozesses, also eine ganze Reihe von Dingen und von geistigen Grössen, die es zu messen gilt, die sich aber nicht einfach so bilanzieren lassen. Wir setzen alles daran, um die Voraussetzungen für diese Uebereinstimmung zu schaffen, soweit es der Staat zu schaffen vermag, um die einzelnen einzuladen, diesen Anpassungsprozess zu wagen. Denn die schweizerische Wirtschaft ist nicht dadurch gerettet, dass wir Grossanierungsoperationen, und seien sie noch so bedeutsam und erwünscht wie beispielsweise diejenige der SSIH/ASUAG, verwirklichen, sondern dass wir das "Prévenir" auch nicht vergessen.

Was müssen wir tun, um rechtzeitig bereit zu sein, diesen Technologieprozess, diese "Werkstattrevolution", wie ich sie vor einer Woche vor dem Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller nannte, erfolgreich zu gestalten? Eine ganz klare Zielvorstellung ist die Förderung der Investitionstätigkeit. Wir müssen sogleich beifügen, dass wir einen Trumpf zurzeit in unseren Karten haben, nämlich die niedrige Inflationsrate. Sie wissen so gut wie ich, dass jeder Fortschritt, wenn er durch die Inflation weggeschwemmt wird, dem scheinbar Erfolgreichen gar nichts bringt. Alles schmilzt wie Butter an der Sonne. Ich möchte, als im Team für die Volkswirtschaft Verantwortlicher, sagen, dass wir uns eine echte Chance zubilligen. Und dieses "give him a chance" scheint mir gerade im Zeitalter, wo sich der Europessimismus so leicht verkauft, von zentraler Bedeutung. Ich halte von jenem Pessimismus so wenig wie von jedem. Wir müssen mit den Schwierigkeiten fertig werden, aus den Schwierigkeiten Möglichkeiten machen und nicht aus Möglichkeiten Schwierigkeiten.

Ich sagte bereits, dass uns neben der konjunkturellen Situation, wo wir Pluspunkte zu erkennen vermögen, die Strukturanpassung viel mehr Mühe bereitet. Das, was wir im Uhrenbereich erlebten und erleben, wird uns in den nächsten Jahren bei den Maschinen generell, beim Maschinen- und Apparatebau speziell sehr stark beschäftigen. Wir sind hier in einer ausgesprochen schöpferischen Phase, und ich hoffe zuversichtlich, dass, von den Hochschulen beeinflusst und in der

angewandten Forschung mitgetragen durch die Unternehmen, ferner mit den einzelnen staatlichen Impulsen, die eingebracht werden können, diese Phase auch wirklich zu Schöpfungen führt.

Meine Damen und Herren Botschafter, wenn ich die nicht nur die Schweiz, sondern die Industriegesellschaft im europäischen Raum und andere Industriestaaten beschäftigenden Sorgen anspreche, dann wäre ich unrealistisch, wenn ich den von Tag zu Tag wachsenden Protektionismus verschweigen würde. Unsere Vertrauten und Sie selbst kämpfen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten; wir tun es bei jeder Begegnung mit anderen Regierungen; wir tun es im GATT, in der OECD, wo immer wir etwas zu sagen haben; aber es müsste einer blind sein, und dann würde er es immer noch hören, sofern er nicht auch taub ist, um nicht zu erkennen, dass in diesem Bereich Regierungen, die uns räumlich nahestehen, aber auch solche, die weiter entfernt sind, obwohl sie die freie Marktwirtschaft predigen, genau das Gegenteil tun. Hier wird also die klassische biblische Situation des Wasser predigenden Weintrinkers praktiziert. Dies ist eine echte Krux, und vieles, was wir im privaten Bereich unserer Wirtschaft aufbauen, wird buchstäblich vom Tisch gewischt mit einzelnen protektionistischen Massnahmen. Das genügt als Hinweis; wir sind uns bewusst, dass wir das als Dauerauftrag tagaus, tagein zu bekämpfen haben.

Und wenn Sie mich fragen, ja wie sind denn die Aussenhandelsaussichten, in Ergänzung zu dem, was wir gestern hörten? Sie bleiben gedrückt, die Ausfuhren des OECD-Raumes nach den übrigen Regionen der Welt dürften 1983 real um 3 - 4 % und damit noch stärker schrumpfen als im vergangenen Jahr. Die allerneuesten Statistiken, die ich mir für unser Land geben liess, zeigen, dass wir leider von diesem Schrumpfungsprozess nicht ausgeklammert sind. Wir ringen um Aufträge, vor allem in den angeführten Bereichen unserer Wirtschaft. Es wäre auch falsch, wenn man in diesem Zusammenhang das Staatsverhalten einzelner Regierungen nicht einer sorgfältigen Ueberprüfung anempfehlen würde. Ich meine, dass dies überall dort zu geschehen hat, wo gewaltige Budgetdefizite währungspolitische und inflationspolitische Folgen haben. Diese "facts" zu ändern, ist ein hartes Stück Arbeit. Wir

versuchen, den Mangel an wirtschaftspolitischer Disziplin, an Konvergenz unter den einzelnen Staaten im Rahmen unserer eigenen Regierungstätigkeit und durch Sie und unsere BAWI-Spezialisten zu verbessern. Die Absicht ist klar, über den Erfolg oder den Misserfolg können wir uns in einem Jahr wieder unterhalten. Dass hier die USA eine ganz zentrale, dominante Rolle spielen, sei lediglich in Klammern erwähnt, Sie wissen das ebenso gut wie ich.

Ich kann diesen Teil nicht schliessen, um mich nachher den Problemen der schweizerischen Wirtschaft zu widmen, ohne vorher noch einige Worte zur internationalen Verschuldung zu sagen. Die erste Welle von Zahlungskrisen verschiedener Hauptschuldnerländer Lateinamerikas, aber auch in Europa, konnte dank des entschlossenen Eingreifens und auch der erfolgreichen Zusammenarbeit von Regierungen, Notenbanken und Finanzierungsinstituten gemeistert werden. Seit dem Juli 81 wurden fällige Schulden von nicht weniger als 19 Entwicklungsländern - und sie partizipieren immerhin mit mehr als einem Drittel an der auf 630 Mia Dollar geschätzten Gesamtschuld der Länder der Dritten Welt - ein- oder mehrmals konsolidiert. Aber auf längere Sicht sind damit die Probleme der Verschuldung noch nicht gelöst.

Eine besondere Verantwortung in dieser kritischen Lage kommt ohne Zweifel allen Regierungen zu, auch der unsrigen. Als Mitglieder multilateraler Finanzierungsinstitutionen haben sie gegenüber den Schuldnerländern über ihre Beitragsprogramme eine adäquate Kombination von Finanzierung und unerlässlicher wirtschaftlicher Anpassung durchzusetzen. Der erste Teil versteht sich noch leicht. Der zweite mit der innenpolitischen Einwirkung ist in allen betroffenen Schuldnerländern hart, und es gilt das Mass zu finden, das in innenpolitische Sanierung umgesetzt werden kann. Denn es braucht keine besonderen Rechenkünste, um vorauszuahnen, dass, wenn dies nicht gelingt, man derartige Operationen nicht unbeschränkt wiederholen kann, auch wenn man diese Partnerstaaten nicht fallenlassen kann. Ein erster Schritt ist unlängst mit der Quotenerhöhung im Internationalen Währungsfonds von 66 auf 99 Mia Dollar und der Aufstockung der Limiten der Allgemeinen Kreditvereinbarungen von 7 auf 19 Mia Dollar erfolgt.

Wir haben hier nicht einfach Theorien erklärt, sondern mitgehandelt. Als wirtschaftlich eng mit allen anderen Staaten verbundenes Land haben wir mitgewirkt, weil ein vitales Interesse besteht, also nicht nur aus altruistischen Ueberlegungen, sondern in ganz klarer Kenntnis unserer eigenen aussenhandelspolitischen Notwendigkeit. Wir werden im Parlament, und ich glaube, wir kommen damit durch, die Erhöhung der rund 865 Mio, mit denen wir bisher im Zehnerklub partizipierten, auf 2,3 Mia beantragen. Das ist nicht Nichts. Die Partnerschaft zwischen Regierung und Nationalbank funktioniert hervorragend. Schon nach dem Konjunkturartikel besteht eine beidseits klar erkennbare Mitverantwortung, wenn auch schwergewichtig - mit Bezug auf die Geldmengenpolitik, nachdem diese gemeinsam festgelegt ist - Einzelheiten dann von der Nationalbank durchgeführt werden. Aber an all diesen Konferenzen ist auch unser BAWI, sind auch unsere Vertrauensleute aus Ihrem Kreis in engster Weise beteiligt, so dass die Regierung jederzeit den vollen Ueberblick hat.

Wenn ich sagte, wir handelten keineswegs nur altruistisch, dann wiederhole ich, was ich dem Parlament erklärte: Wenn man weiss, dass wir in die Dritte Welt rund 22 % unserer Gesamtausfuhren lenken, dann möge mir irgendeiner einmal weismachen, wir seien nicht brennend daran interessiert, dass man mit diesen Staaten in einen Dauerkontakt käme, und wir wären nicht brennend daran interessiert - losgelöst auch vom Menschlichen, das wir doch als Verpflichtung in uns verspüren -, dass diese Staaten endlich gesund werden. Aber hier sitzt der Teufel wie überall im Detail, und wir haben dies in Paris an der OECD-Ministertagung und in Belgrad an der UNCTAD-Konferenz deutlich gespürt. Es braucht eben auch hier ein kohärentes Handeln der Regierungen. Es nützt nichts, konsolidieren zu wollen und dann Protektionismus erneut aufleben zu lassen. Wir anerkennen, wie dies ein niederländischer Antrag im Mai an der OECD-Konferenz vorgeschlagen hatte, dass den Allerärmsten eine Zusatzspritze gegeben werden muss und dass diese Staaten nicht sofort als gleichwertige Handelspartner auftreten können, weil sie zuerst selber eine funktionierende Infrastruktur aufbauen müssen. Aber sobald die allererste Stufe der Sanierung innenpolitisch zustandegebracht worden ist, muss man diese

Länder in ein Bezugssystem bringen, das letzten Endes nur durch einen Freihandel abgesichert werden kann, weil sie sonst nie zu Devisen kommen werden. Das ist so wahr wie das Amen in der Kirche, aber weil man nicht mehr in die Kirche geht, wird auch dieses Amen nicht mehr ausgesprochen. So werden die Zusammenhänge zwischen geistigen und materiellen Werten sichtbar, und es klingt eine ganze Reihe von Dingen an, wenn man von Aussenhandelspolitik spricht.

Wenn ich nun zur schweizerischen Wirtschaft im speziellen komme, darf ich wohl sagen, dass wir sie nie isoliert betrachtet haben. Aber uns plagen natürlich die Leute, die bei uns nicht mehr wissen, was sie tun sollen. Ich denke an die zurzeit 25'000 Arbeitslosen, die 37'000 Teilarbeitslosen; mit den dahinterstehenden Familien ergibt das etwa 100'000 Mitbetroffene. Und dazu kommen all diejenigen, die Angst haben, weil sie nicht genau wissen, ob der blaue Brief am Ende des nächsten Monats bei ihnen eintrifft. Diese psychologische Situation des Mitbürgers hat für eine Demokratie einen unerhört grossen Stellenwert. Und dies hat nun mit dem, was ich schweizerische Situation im weiteren nenne, sehr viel zu tun. Wir haben zurzeit ausserordentlich wenig Aufträge, von aussen kommt praktisch nichts; es ist die Binnennachfrage, die noch etwas Futter bringt.

Gestatten Sie mir aber eine kleine Klammer zum vorher erwähnten Technologieprozess. Wir haben gelegentlich die Meinung gehört: Ach Gott, das läuft doch alles ganz von selbst, wir haben uns doch immer wieder angepasst, wir werden schon rechtzeitig wieder modern genug sein. Es kamen dann gewisse japanische Einflüsse, die wir zu verspüren hatten, aber auch andere Einflüsse, die sich im Uhren- und im Maschinenbereich niederschlugen. Und für uns ist es nun ein echtes Anliegen, die freie Marktwirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermutigen, alles zu tun, um diesen technologischen Prozess zu wagen. Weil in der Schweiz in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit viel geringer war als in den Nachbarstaaten, hat man dieses Problem vielleicht etwas zu klein geschrieben. Als wir unsererseits die Lage zu beurteilen begannen, stellten wir folgendes fest: zu den Preisen des Jahres 1970 berechnet, stieg das Bruttoinlandprodukt von 1973 bis 1982 um

lediglich 2 %. Seit einem Jahrzehnt ist damit unser Land nur knapp über das Nullwachstum hinausgekommen. Das glaubt man im allgemeinen gar nicht. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Erwerbstätigen ist während dieser Zeitspanne trotz Erhöhungen in einzelnen Jahren um 170'000 Menschen zurückgegangen, und auch der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung ist während dieses Jahrzehnts um einige Prozente gesunken. Am ausgeprägtesten war der Rückgang in Industrie und Handwerk, also jenen Teilen der Wirtschaft, die am stärksten von der technologischen Entwicklung beeinflusst sind. Die Zeit reicht nicht aus, um mehr zu sagen, aber ich wollte Ihnen diese wenigen Sätze gleichsam mit auf den Weg geben, damit Sie mit uns "hirnen" und jene, die Sie treffen, encouragieren, das Wagnis, das ich mit "Werkstattrevolution" umschrieben habe, zu unternehmen.

Ich sagte bereit, ich sei keineswegs Pessimist; ich versuche, ein realistischer Optimist zu sein, und ich glaube, dass wir eine ganze Reihe von Dingen durch entsprechendes Gespräch mit uns nahestehenden Unternehmern, auch im Rahmen der erlaubten Beeinflussung, mitbewirken können. Der Schweizer ist immer noch willens, mit Schwierigkeiten fertig zu werden.

Die schweizerische Wirtschaft müsste also zur Kenntnis nehmen: zaghafte Erholung möglich, aber Auftragsbestand und Produktion in der Industrie erst in ganz leiser Entwicklung zum Besseren. Was ich Aufwärtsbewegung nenne, geht von einem tiefen Niveau aus, weil eben die Auftragsbestände wie auch die Produktion in den meisten Bereichen vorderhand noch auf einem tieferen Niveau als im Vorjahr liegen. Und noch einmal sei betont: entgegen der in unserem Land üblichen Konjunktorentwicklung geht die langsame Erholung von der Binnenwirtschaft aus. Wir spüren im Aussenhandel noch keine Wachstumsimpulse. Das Exportvolumen ist in den ersten 7 Monaten um 3,4 % geschrumpft, und die Importe sind, teils wegen Sonderentwicklungen, teils wegen der erwähnten zunehmenden Binnennachfrage, real um 3,7 % gestiegen, so dass bisher das Handelsbilanzdefizit gegenüber der Vorjahresperiode nahezu auf das Doppelte angestiegen ist.

Dieser Exportrückgang ist das Ergebnis divergierender Entwicklungen in den einzelnen Branchen. Die Einbussen konzentrieren sich vor allem auf die Auslandlieferungen der Maschinen- und Uhrenindustrie. Die Textil- und Bekleidungsindustrie, die chemische und die Metallindustrie haben noch deutliche Exportsteigerungen aufzuweisen. Wir haben auch markante Unterschiede in der regionalen Entwicklung der Ausfuhren, was uns natürlich, was unsere innenpolitischen Probleme anbelangt, nicht ruhig schlafen lässt. All das widerspiegelt die gegenwärtige wirtschaftliche Problematik unseres Landes. Während die Exporte nach den westlichen Industriestaaten sich dem Werte nach auf dem Vorjahresniveau zu behaupten vermochten, sind die Lieferungen nach den übrigen bedeutenden Märkten spürbar gefallen: nach den OPEC-Staaten um 6 %, jene nach den Nicht-Oel-Entwicklungsländern und den Staatshandelsländern um 8 bzw. 7 %. Gegenüber 11 der am stärksten verschuldeten Länder haben wir innert Jahresfrist über 1/3 verloren. Der Anteil unserer Ausfuhren in die Entwicklungsländer lag einmal bei 28 %, heute liegt er bei 22 %.

Und da kommt natürlich noch etwas dazu, was wir im Maschinenbereich bei jedem Gespräch verspüren: die Lebensdauer der Produkte wird immer kleiner. Nehmen Sie das Beispiel der Fernmeldetechnik. Ich habe hier im Gespräch mit meinen Mitarbeitern miterlebt, wie man uns sehr plausibel schilderte, dass mit einer Generationsdauer von 3 Jahren als mittlerem Wert gerechnet werden müsse. Das bedeutet, dass nach 3 Jahren eine noch leistungsfähigere, noch bessere Maschine kommt, so dass bis dann das alte Produkt mit Bezug auf die Entstehungskosten und die Grundkosten bereits abgeschrieben sein muss, damit man das Neue wagen kann. Diese Zusammenhänge sind Ihnen und uns ein Anlass zum Nachdenken.

In diesem Zusammenhang spielen für unsere Exportindustrie die Devisenmärkte eine sehr wichtige Rolle. Stichwort: Dollarhausse. Auch hier möchte ich möglichst wenig wiederholen, was bereits gestern gesagt worden ist. Ich skizziere ganz kurz: All das, was ich über unsere Wirtschaft - bezogen auf das Ausland - sagte, steht mit den Währungsfragen im Zusammenhang. Bei divergierenden Entwicklungen gegenüber den wichtigsten Währungen, einer Abschwächung gegenüber dem

Dollar, einer Festigung gegenüber der D-Mark und den übrigen europäischen Währungen, liegt der reale Frankenkurs im exportgewichteten Mittel etwa auf dem zu Jahresbeginn verzeichneten Stand oder rund um 7 % über dem Niveau vom November 1977. Die Hintergründe dieser anhaltenden Dollarstärke habe ich Ihnen in etwa bereits angetönt. Ich rufe in Erinnerung: Rekordbudgetdefizit, entsprechender Bedarf und Einfließen von Geldern auch aus unserem Raum, Anziehen der Kreditnachfrage mit entsprechender Aussicht auf weiterhin hohe Zinssätze. All das - zusammen mit einem nach wie vor bestehenden, erfreulichen Bonus der USA im Zusammenhang mit der Verschuldungsproblematik - spielt eine grosse Rolle.

Sie haben gesehen, wie die Nationalbank in den Tagen seit dem 1. August in konzertierter Aktion zusammen mit den Deutschen und den Amerikanern eine leichte Erhöhung (Grössenordnung rund eine halbe Milliarde) unserer Geldmenge, die auf 3 % für 1983 veranschlagt worden war, in Kauf genommen hat. Sie hörten auch, dass die Nationalbank nun zu Recht, auch im Gespräch mit uns, darauf hinweist, dass ein weiteres Ansteigen der Geldmenge inflationsfördernd wirkt, so dass wir auf diese Weise nur auf kurze Zeit Einfluss nehmen können. Wer glaubt, man könne diese Disparitäten durch permanentes Intervenieren aus der Welt schaffen, der verkennt die Gesetze der Geldpolitik. Wir sind überzeugt, dass man kurzfristig steuern kann; wir haben es im Jahre 1978 gemacht, jetzt wieder, wenn auch weit weniger stark. Aber es geht schliesslich darum, dass man durch bessere Politik, weltweit, diesen Dingen auf den Leib rückt. Dass aber der Frankenkurs, insbesondere gegenüber der Deutschen Mark, für unsere Exportpolitik von erstrangiger Bedeutung ist, wissen Sie so gut wie ich. Ich verzichte auf jeden Kommentar.

Wir haben hier das Gefühl, dass sogar Dinge, die am Williamsburger Weltwirtschaftsgipfel feierlich erklärt wurden, in keiner Weise in die Tat umgesetzt worden sind. Ich vermag in den kleinen Korrekturen, die man im August einbrachte, nicht die grossen währungspolitischen Zugeständnisse zu erkennen, von denen man damals sprach. Man kann eben keine dieser die Wirtschaft betreffenden Kriterien isoliert nur für sich allein gewichten, es braucht das Zusammenwirken.

Die Schweiz hat sich zu Beginn dieses Jahres angesichts der Arbeitslosenzahlen und der allgemeinen Situation im Parlament die Frage gestellt und beantwortet: Können wir einfach ruhig bleiben und nichts tun oder müssen wir auch ein Zeichen setzen? Wir haben ein Zeichen gesetzt. Sie spüren schon aus dieser Formulierung, dass ich das, was getan wurde, keineswegs "aufplustere". Aber wir haben mit den Massnahmen zur Förderung unserer Wirtschaft ein Zeichen geben wollen. Einmal mit einem recht kleinen, aber doch wirksamen Beschäftigungsprogramm, dessen Vollzug ich, bevor ich zu Ihnen kam, noch einmal prüfte: dessen Grössenordnung beträgt nun, ohne die auf die Aussenhandels-situation bezogenen zusätzlichen Kredite, für die Beschäftigung selbst etwa 700 Mio, was bei einem Multiplikatoreffekt von 3 etwa in die Grössenordnung von 2 Mia geht, die in Aufträge, vor allem auch für Regionen umgesetzt wurden, die dringlich darauf angewiesen waren. Wir haben damit zum Teil nicht nur Arbeitsplätze auf Zeit erhalten können, sondern die Uebergangsphase abgesichert, innert welcher neue Produkte vorbereitet werden können. Dies haben wir in jedem Einzelfall ausserordentlich sorgfältig geprüft.

Die zweite Idee betraf den Export direkt. Sie haben gestern das Sonderthema ERG ausdiskutiert. Für uns wie für unsere engsten Partner steht fest, dass ohne Exporte dieses Land wirtschaftlich gar nicht leben kann. Also können wir nicht tatenlos zusehen, wie andere Staaten nicht nur ERG-ähnliche Gebilde in die Welt setzen, sondern Exportsubventionierung in Richtung Dumping im übelsten Ausmass betreiben. Wenn wir unsere Spiesse den anderen auch nur annähernd wieder ähnlich machen wollen - und das ist beim Sich-gegenseitig-treffen nicht unbedeutend, wie Sie aus Ihrer sportlichen Tätigkeit noch wissen -, mussten wir etwas tun. Wir sind noch nicht am Ende, aber wir konnten vom Parlament, das wir ganz offen informiert haben, die Zustimmung dafür erhalten, dass wir diese jetzt sehr kritische Phase, wo wir in den roten Zahlen stecken, nicht einfach plötzlich in Richtung "schwarz" verändern (Prämienerhöhung, Reduzierung des Kredites), sondern wir erhielten die Kompetenz, günstige Konditionen beizubehalten. Das heisst aber, dass Defizite in Millionenhöhe entstehen.

Wir nehmen dies keineswegs leichthin zur Kenntnis. Wir gehen aber davon aus, dass uns die Rechtsgrundlage diese zyklische Bewegung erlaubt. Wir hatten während Jahrzehnten positive Ergebnisse, jetzt sind wir im negativen Bereich, und wir möchten gelegentlich wieder in die schwarzen Zahlen kommen. Dass es eines Tages beim Ausmarchen bei uns in der Regierung für richtig befunden werden könnte, eine Abschreibung vorzunehmen in einer zu bestimmenden Höhe, habe ich dem Parlament als Möglichkeit angekündigt, aber ich möchte hier nicht Prophet spielen. Wir sind auch daran, die ganze Institution der ERG, die wir ja auch nicht einfach von Staates wegen dirigieren, obwohl ein ausgezeichneter Präsident aus dem BAWI sie präsidiert, zu überdenken, um die uns sinnvoll scheinenden Änderungen in der Struktur anzubringen, ohne die Institution zu verpolitisieren. Natürlich ist die ERG eine bedeutsame aussenhandelspolitische Institution. Wenn ich "verpolitisieren" sage, meine ich, dass man Dritteinflüsse in Kauf nähme, die dann das wirtschaftsbezogene Abwägen eines Projektes nicht mehr gestatten würden.

Ich mache eine Klammer: Sie haben gestern - wie wir - über Atatürk nachgegrübelt. Es lohnt sich immer; ich meine von Atatürk, dem Wirklichen, bis zu Atatürk, dem Jetzigen. Wir können die Türkei nicht einfach unter "ferner liefen" klassieren. Ich sage Ihnen das aus tiefster Ueberzeugung. Ich glaube nie daran, dass sich das die NATO, der Westen überhaupt leisten könnte. Hier müsste ich aber eine strategische, sicherheitspolitische Betrachtung anstellen. Dieses Land hat echte Schwierigkeiten, und das, was jetzt nach sorgfältigem Abwägen beschlossen wurde, mit Bezug auf dieses konkrete Projekt, zu dem stehen wir. Dies auch dann, wenn dieser Entscheid da und dort kritisiert wird.

Wir werden in der Dezembersession im Ständerat und vermutlich im März im Nationalrat den zweiten Teil dieses Massnahmen-Paketes verabschieden, wobei ich dort auf wenig Hindernisse zu stossen glaube, wo wir die Regionalstrukturen verstärken, also bei den Finanzbeihilfen und bei den Massnahmen zur Förderung der Investitions Garantien in den einzelnen Unternehmen. Etwas kritischer sieht es beim vierten Punkt

des ganzen Programmes aus, wo wir die sogenannte Innovationsrisikogarantie vorschlagen, in der Meinung, hier könnte eine Art Rückversicherung als neue Idee - jede neue Idee hat ihre Schwierigkeiten - gewagt werden. 100 Mio würde der Bund bereitstellen, auf 10 Jahre befristet, und die Meinung ist, dass mittlere und kleinere Unternehmen, die mehr Mühe haben, zu Geldern mit vernünftigen Zinssätzen zu kommen, es im Gespräch mit den Banken und den technisch Zuständigen wagen könnten, sich gleichsam rückzuversichern. Das gäbe günstigere Kreditkonditionen. Gelingt die Umsetzung der geistigen Innovation in eine fabrikatorische Tat, so muss das alles in diesen Fonds de roulement rückerstattet werden. Steht einmal etwas um - und das ist natürlich möglich bei allem, was riskant ist -, müsste zu Lasten dieses Fonds eine Buchung erfolgen. Da wurde nun, nach unserer Auffassung fälschlicherweise, der Eindruck erweckt, als ob wir damit interventionistisch Unternehmerverantwortungen abnehmen wollten. Das ist deshalb nicht der Fall, weil keiner kommen muss und derjenige, der kommt, es freiwillig tut, mit vollem Engagement, und weil er privatwirtschaftlich sein Projekt bewerten lässt und nicht etwa durch irgendein Büro in unserem Haus. Dies nur einige Hinweise zum 2. Teil eines Programmes, das auf jeden Fall auch in unserem Land Arbeitgebern und Arbeitnehmern zeigt, dass das, was ich zur Förderung des Technologieanpassungsprozesses sagte, von der Regierung nicht nur in 1. August-Reden feierlich erklärt, sondern durch Massnahmen praktiziert werden will.

In diesem Programm haben wir auch eine Verstärkung des Instrumentariums für den Aussenhandel und für die Aussenpolitik zu realisieren versucht. Mir scheint, dass die Erhöhung der Mischkredite um 100 Mio mehr als verdient war. Das Parlament hat sie bewilligt. Wir haben etwas mehr Spielraum und haben damit bereits zu wirken begonnen. Der Mischkredit an Tunesien zur Finanzierung von Mühlenanlagen konnte erhöht werden mit einem Beitrag des Bundes von 2,9 Mio. Die Verhandlungen über einen zweiten Mischkredit an Aegypten von 90 Mio - Beteiligung des Bundes 30 Mio - sind abgeschlossen, und die Unterzeichnung wird demnächst erfolgen; mehrere Projekte in der Energie- und Wasserversorgung befinden sich in der Studienphase. Dann besteht in

- 16 -

verschiedenen Fällen auch noch die Möglichkeit der Zahlungsbilanzhilfe, wie wir sie dem Sudan gewährten (2. Tranche von 10 Mio). Damit sind bereits 43 der zusätzlich gesprochenen 100 Mio engagiert. Für die 2. Jahreshälfte sind Verhandlungen über mögliche Mischkredite an die Elfenbeinküste, Indonesien oder Kolumbien vorgesehen und eine Zahlungsbilanzhilfe an Madagaskar.

Wir sehen diese vier Teile eines Gesamtprogrammes ganz deutlich eingebettet in das, was ich als Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere schweizerische Wirtschaft erwähnte. An eigenem Verantwortungsbewusstsein des Unternehmers und dessen Risikofreude wird dadurch kein Jota weggenommen. Er soll vielmehr ermutigt werden, etwas zu wagen.

Ich komme zum letzten Teil meiner Betrachtungen. Wir wären schlechte "Aussenhandelsvertraute" des Aussenministeriums und der Regierung, wenn wir nicht die internationale Wirtschaftszusammenarbeit ganz gross schreiben würden. Ich wage hier zu behaupten, dass wir mit einem ganz kleinen Stab erstklassiger Leute, die Sie alle kennen, und denen ich ebenso danke wie Ihnen, für das, was Sie jahraus, jahrein tun, recht gute Arbeit leisten. Seit der letzten Botschafterkonferenz in Bern hat eine ganze Reihe multilateraler Konferenzen von Bedeutung stattgefunden. Da Sie jeweils durch Ihre eigenen Kurierere über den Verlauf informiert wurden, verbleibe ich bei einer ganz fragmentarischen Enumeration: GATT-Ministerkonferenz im November letzten Jahres, in diesem Kreis also, wo die Schweiz viel Goodwill geniesst. Dass es aber im GATT, das von zentraler Bedeutung ist, zurzeit auch kriselt, das sagt Ihnen noch viel besser als ich Herr Dunkel, der Generaldirektor dieser Organisation. Wenn ich Krise sage, möchte ich bei diesem Wort nicht fehlverstanden werden. Ich meine einfach, dass auch dort seit dem November manches etwas früher in die Wege hätte geleitet werden sollen, wie wir im Mai bei der Zwischenbilanz erkennen und bekennen mussten. Auch hier war das Phänomen festzustellen, dass das Umsetzen von Erkenntnissen zu Bekenntnissen allzu lange auf sich warten lässt. Ich frage mich manchmal: Wie lange haben wir noch Zeit? - Wir haben dann die OECD-Konferenz in Paris

gehabt, eine ausserordentlich offene und wertvolle Tagung der Industriestaaten. Dann den Gipfel von Williamsburg, mitbeeinflusst vielleicht durch die OECD-Konferenz, mit all dem, was Sie von dort hörten, und all dem, was wir von dort noch erwarten. Ich möchte Ihnen und Ihrer Phantasie mit Bezug auf die Interpretation dieser Erwartungen nicht vorgreifen. Dann folgte direkt das EFTA-Meeting in Bergen und darauf die UNCTAD-Konferenz in Belgrad.

Eine Feststellung drängt sich auf: Während noch im letzten Jahr die weltwirtschaftlichen Eckdaten den Zustand der weltwirtschaftlichen Stagnation widerspiegeln, fielen die diesjährigen Konferenzen doch mit dem, was ich als Silberstreifen am Horizont bezeichnete, zusammen. Aber eben, das macht noch nicht das schöne Wetter aus. Die Hoffnung auf ein dauerhaftes, inflationsfreies Wirtschaftswachstum kam überall an diesen Konferenzen zum Ausdruck, doch den Weg zur Verwirklichung dieser Hoffnung habe ich bis heute nur selten gesehen. Wir bemühen uns um ihn. Ich bin überzeugt, dass ein Weg gefunden werden kann, und ich möchte die riesigen Anstrengungen, die an diesen Konferenzen unternommen worden sind, keineswegs geringachten. Aber die Frage ist gerechtfertigt, vor allem, wenn ich an Belgrad denke, ob die internationale Wirtschaftszusammenarbeit in der Lage ist, den grossen Risiken und der Herausforderung der Stunde wirksam zu begegnen. Eine objektive Beurteilung der innert Jahresfrist durchgeführten Wirtschaftskonferenzen darf aber trotz der verschiedenen, auch von mir vorgebrachten kritischen Bemerkungen nicht übersehen, dass unter den verantwortlichen Regierungen wenigstens ein beachtlicher politischer Konsens zustande gebracht wurde. Dies nun umzusetzen in Taten, ist die Hausaufgabe jeder Regierung. Die Zusammenhänge mit freiem, nicht durch Protektionismus gestörtem Handel, Finanzen und Entschuldung sind evident. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass wir in einem Jahr mit Rückblick auf diese Konferenzen und deren Fortsetzung uns nicht sagen müssen, wir hätten von zu vielen verpassten Gelegenheiten zu rapportieren.

Im entwicklungspolitischen Bereich wird die enge Verbindung zwischen unseren beiden Departementen sichtbar. Der Bundespräsident und ich verspürten doch auch in den letzten Wochen wachsendes Verständnis für die Entwicklungspolitik. Gut, in der Schweiz 100 Mio mehr aufzubringen, ist immer ein hartes Stück Arbeit. Aber es geht vorwärts, und ich spüre diese Interdependenz als eine echte Verpflichtung unserer beiden Departemente. Wir sprechen die gleiche Sprache, und wir handeln gleich; und das sollte doch hinausgetragen werden in Ihre Stäbe, die jetzt nicht mit am Tisch sitzen können. Für mich ist das eine schweizerische Aufgabe, die zur Politik dieses Landes gehört wie alle anderen, die ich hier aufzählen müsste.

So komme ich zum Schluss. Diese nur sehr bruchstückhaften Ausführungen über die weltweite Wirtschaftslage und über die binnenwirtschaftliche Situation unseres Landes soll Sie natürlich nicht dazu verleiten zu glauben, wir sähen nur den Sektor Wirtschaft. Und dies deshalb, weil nach unserem Empfinden Volkswirtschaft die Gesamtheit aller Menschen betrifft, die in unserem Staat als Arbeitgeber und Arbeitnehmer tätig sind oder ausserhalb des Staates mit uns in Bezug stehen. Das sind auch Bürger. Das sind die gleichen Staatsbürger, die von der Staatsidee überzeugt sein müssen, denn nur so gelingt es uns, den freien Handel entsprechend unserer Wirtschaftsphilosophie in die Tat umzusetzen. Nur so gelingt es uns, die Entwicklungspolitik zu tätigen, von der ich als Verpflichtung der Schweiz sprach. Nur so bleiben wir glaubwürdig, nur so können wir das, was ich als politischen Bonus umschrieben habe, auch in Zukunft für uns in Anspruch nehmen. Und dass dieser politische Bonus auch wirtschaftlich sehr relevant ist, das zeigen Ihnen die anlagesuchenden ausländischen Institute und Wirtschaftspartner, die uns als Industrieland bedeutend grösser einschätzen - zu Recht -, als dass es der geographische Raum prima vista erwarten liesse. Damit haben Sie die Verbindung zwischen allem, was Staatspolitik, Wirtschaftspolitik und Aussenpolitik bedeutet in wenigen Sätzen hergestellt.

Ich bin mir des Bruchstückhaften viel zu sehr bewusst, um Sie nicht abschliessend um Entschuldigung zu bitten, dass ich nicht vollständi-

- 19 -

ger sein konnte; aber Sie noch länger in Anspruch zu nehmen, erschiene mir als unhöflich. Ich stehe Ihnen aber für Fragen noch gerne zur Verfügung.

Dass unsere Botschafter, dem Wort entsprechend, weit über aktuelle Tagesfragen hinaus eine hochbedeutsame Mission auf sich und in sich tragen müssen, ist mir bewusst. Sie haben den Staatsgedanken, der unsere Schweiz erst leben lässt - den Föderalismus, den tiefen Respekt vor der einzelnen Person, vor dem Mitmenschen, die Toleranz, unsere Bereitschaft, uns wirklich weltweit zu engagieren, unsere Zugehörigkeit zum Abendland -, darzustellen, da wo Sie leben. Und Sie nehmen dafür sehr viel auf sich, zusammen mit Ihren Frauen und Kindern, weshalb ich Sie höflich bitte, auch diesen meinen ganz persönlichen Dank auszusprechen.

Ich danke Ihnen.